

50 Jahre Tibet im Exil – Die Unruhen vom Frühling 2008

Am 11. Februar 2009 hielt Thierry Dodin, Direktor des unabhängigen Informationszentrums "Tibetinfonet", im Kulturzentrum Tibet Songtsen House einen Vortrag. Der Titel "Ein Jahr später" bezog sich auf die Unruhen in Tibet im Frühling 2008. Hier eine kurze Zusammenfassung.

Der Aufstand von 2008 war der grösste seit 1959 und der erste, der über weite Landesteile gleichzeitig stattfand. Da TibeterInnen zum Teil gezielt Informationen ins Ausland schickten, waren sehr viele Fakten bekannt. Hier soll aber nicht auf die einzelnen Ereignisse, sondern auf grössere Zusammenhänge eingegangen werden.

Die Stimmung war gereizt, denn die chinesische Regierung hatte die Repression erhöht und die Bevölkerung gleichzeitig in einer Kombination von gut Zureden und Drohen gewarnt, nicht gegen die Olympiade zu protestieren. Die Unruhen dauerten von Februar bis teilweise in den Sommer. Dabei lassen sich drei Kategorien von Protesten ausmachen.

Seit einiger Zeit hatten die TibeterInnen angefangen, auf eine neue Art zu protestieren. Statt lauten Protesten, die den Demonstranten nur Gefängnis einbrachten, aber schliesslich nichts bewirkten, führten sie Aktionen durch, die sich im Rahmen der Legalität bewegten und doch klar die Loyalität zum Dalai Lama ausdrückten. Ein Beispiel sind die Pelzverbrennungen 2005–06, die dem Aufruf des Dalai Lama an seine Landsleute folgten, sich nicht mit den Fellen bedrohter Tierarten zu schmücken. Viele tibetische Gruppierungen standen in loser, informeller Verbindung zueinander und konnten Aktionen koordinieren. Dieses Netzwerk war schwer kontrollierbar. Die Polizei hatte die Weisung, nicht dreinzuschlagen, wurde aber immer nervöser. Zudem fand im März 2008 der Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas statt. Die in Tibet verbliebenen Beamten waren unsicher, hatten Angst, etwas Falsches zu tun, und reagierten schliesslich mit Gewalt.

Die zweite Art von Unruhen waren ethnische Auseinandersetzungen mit Kulmination am 14. März 2008. Deren Hintergründe waren hauptsächlich sozialer, nicht politischer Art. Durch die Regierung gefördert übersiedeln viele junge Tibeter nach Lhasa, wo sie aber keine Arbeit und keine Wohnung finden, wodurch ein Subproletariat entsteht. Diese Jugendlichen wurden, angesichts ihrer Situation, gegenüber chinesischen Muslimen (Hui) und ethnischen Chinesen (Han) gewalttätig – ein Konflikt, wie er unter solchen Umständen überall auf der Welt vorkommen könnte. Gewalt gegen Menschen von tibetischer Seite gab es nur in Lhasa; an anderen Orten richteten sich die Angriffe höchstens gegen öffentliche Gebäude oder gegen Geschäfte von Hui oder Han.

Als Drittes brachen schliesslich als Reaktion auf das brutale Vorgehen der Polizisten und Streitkräfte, insbesondere gegen Mönche, Solidaritätsproteste aus, die sich dank den modernen Kommunikationsmitteln sehr schnell ausbreiteten.

Ethnische Unruhen waren vorauszusehen gewesen; überraschend waren höchstens das Ausmass und die Dauer der Proteste. Sie waren eine Reaktion auf den zunehmenden Druck von chinesischer Seite und sicher nicht in dieser Art geplant, schon gar nicht vom Dalai Lama. Gerade die Strategie der chinesischen Regierung, durch Drohungen und Befehle Probleme zu vermeiden, führte zu Problemen. Auch jetzt wird wieder versucht, die Neujahrsfeiern oder das Gebetsfest Mönlam Chenmo in prochinesische Kundgebungen umzuwandeln; der 28. März, Jahrestag der Absetzung der tibetischen Regierung 1959, wurde kurzerhand zum "Tag der Befreiung der Leibeigenen" erklärt. Aber die chinesischen Machthaber sind diesmal auf Proteste besser vorbereitet.

Welche Lehren können wir ziehen? Die TibeterInnen in Tibet sind heute viel besser gebildet als noch vor zwanzig Jahren. Sie sind nicht glücklich, wie von China behauptet wird, und nach wie vor solidarisch mit dem Dalai Lama, was sie auch deutlich zeigen. Sie haben einen politischen Willen, auch wenn nicht immer klar ist, ob es ihnen um Autonomie oder um Unabhängigkeit geht. Sie sind also nicht (mehr) die "armen Opfer, denen wir eine Stimme verleihen müssen".

Doch die westlichen Regierungen sind nach wie vor gefordert, denn die Tibetfrage erledigt sich nicht von selbst. Die Tibetunterstützungsgruppen brauchen nicht mehr für die TibeterInnen zu sprechen, sondern sollten deren Stimme verstärken und die Politik der Exilregierung unterstützen. Sie sollte ihrerseits den mächtigen Gegner mit ihrem Standpunkt konfrontieren, kooperieren, wo es Gemeinsamkeiten gibt, und mit ihm kommunizieren. Wir alle sollten schliesslich unsere Regierungen und ParlamentarierInnen nachdrücklich auffordern, sich für die TibeterInnen einzusetzen (hauptsächlich für Reise- und Religionsfreiheit, das Recht auf Entwicklung und gegen Zwangsumsiedlungen), und sollten uns wehren, wo mit unseren demokratischen Rechten undemokratisch umgegangen wird.